

## Pressemitteilung

### Pflegepersonaluntergrenzen rationieren Versorgung in Hamburg

**Hamburgische Krankenhausgesellschaft fordert Bürokratieabbau und eine radikale Vereinfachung der Krankenhausfinanzierung**

**13.06.2019 Anlässlich ihres Hamburger Krankenhaustags am 13. Juni 2019 mit dem Thema „Weg vom Schreibtisch – hin zu den Patienten“ kritisiert die Hamburgische Krankenhausgesellschaft die völlig aus dem Ruder gelaufene Bürokratie im Gesundheitswesen. Diese sei maßgeblich durch einen Regelungswildwuchs hervorgerufen, in dem immer mehr kleinteilige Vorschriften zur Korrektur fehlgeschlagener Regelungen der Vergangenheit erlassen würden. Ein Negativbeispiel seien die Pflegepersonaluntergrenzen, mit denen der aufgrund anhaltender Unterfinanzierung hervorgerufene Pflegepersonalmangel nun durch maximale Dokumentation und Kontrolle zwar sanktioniert aber nicht beseitigt werde. Im Ergebnis verknappe sich die Versorgung zu Lasten der Patientinnen und Patienten. Als geeignete Auswege identifiziert die Hamburgische Krankenhausgesellschaft flexible krankenhausbefugte Steuerungsgrößen für den Personaleinsatz, die Anerkennung von Skill Mix Teams, eine notwendige strategische Neuausrichtung und Vereinfachung der Krankenhausfinanzierung sowie digitalisierte Prozesse und Kommunikation. Joachim Gemmel, 1. Vorsitzender der HKG: „Wir brauchen intelligentere Steuerungsgrößen für Krankenhäuser, statt noch mehr Vorschriften, Verbote und Kontrollen, die die Arbeit am Patienten behindern. Unsere Ärzte und Pflegekräfte müssen systematisch von Aufgaben befreit werden, die patientenfern sind. Wir brauchen alle vorhandenen Kapazitäten für mehr ärztliche Versorgung und Pflege am Patienten. Dies kann die Attraktivität der Berufe im Krankenhaus steigern und wieder mehr Menschen für die Arbeit im Krankenhaus begeistern.“.**

Der zunehmende Fachkräftemangel trifft auf ein anwachsendes Dickicht aus Regelungen, die diesen bekämpfen sollen. Beispiel für eine misslungene Vorschrift gegen den Personalmangel, die nur Bürokratie mehrt, aber keine zusätzliche Pflegekraft in die Krankenhäuser führt, seien die Pflegepersonaluntergrenzen, kritisiert Joachim Gemmel, 1. Vorsitzender der HKG. Durch die zum 1. Januar 2019 für die vier Fachgebiete Intensivmedizin, Kardiologie, Geriatrie und Unfallchirurgie eingeführten Pflegepersonaluntergrenzen müssen Hamburger Krankenhausmitarbeiter für 80.000 Schichten im Jahr die genaue Pflegepersonalbesetzung dokumentieren, bundesweit betrifft dies 2,8 Mio. Schichten.

Die Auswertung der Daten des ersten Quartals 2019 zeigt, dass Hamburger Krankenhäuser mit einer Erfüllungsquote von 83 % ähnliche Probleme haben wie alle anderen Krankenhäuser im Bundesgebiet. In der Geriatrie ist die Erfüllungsquote in Hamburg um rund 5 % besser als im Bundesdurchschnitt; in der Intensivmedizin, der Kardiologie und der Unfallchirurgie etwas schlechter.

„Auch Hamburger Krankenhäuser sind jederzeit in der Lage, die Pflegepersonaluntergrenzen einzuhalten, indem Betten gesperrt und Patienten konsequent abgewiesen werden. Krankenhäuser entscheiden sich in der Regel bislang jedoch für das Patientenwohl und nehmen lieber Sanktionen in Kauf, als Patienten im Notfall nicht zu versorgen. Die erstrebte bessere Qualität durch Einhaltung einer starren Besetzungsnorm führt in Wahrheit zu nicht behandelten Patienten und Wartelistenmedizin. Ob das dauerhaft durchzuhalten ist, bleibt abzuwarten.“, so Gemmel weiter.

Darüber hinaus lassen die kleinteiligen schichtbezogenen Vorschriften jedoch die Bürokratie weiter massiv anwachsen und Freiräume und Flexibilität für die Mitarbeiter in der Dienstplanung schrumpfen. Das Gegenteil ist erforderlich, um die Arbeit im Krankenhaus attraktiver zu machen und mehr Mitarbeiter in die Krankenhäuser zu führen.

Daher ist es aus der Sicht der Krankenhäuser der richtige Weg, den Pflegepersonaleinsatz über krankenhausesbezogene Indikatoren zu messen und die Verantwortung für den bedarfsgerechten Personaleinsatz den Führungskräften im Krankenhaus zu überlassen. Im Gegenzug müssen dann bürokratieintensive Regelungen wie die Pflegepersonaluntergrenzen entfallen.

#### **SkillMix Teams müssen in vollem Umfang anerkannt werden**

Krankenhäuser haben in der Vergangenheit mit viel Energie ihre Prozesse optimiert. Zur Entlastung der knappen Ressource Pflegekraft sind interdisziplinäre Teams entstanden. Ein Krankenhaus arbeitet heute nicht mehr nur mit Pflegekräften und Ärzten, sondern mit einem sehr ausdifferenzierten Mix unterschiedlich qualifizierter und spezialisierter Fachkräfte und Assistenzberufe. Diese drohen nun den aktuellen Vorschriften zur Bildung des Pflegebudgets zum Opfer zu fallen. Auch in Zukunft muss die Arbeit im Qualifikationsmix weiterhin möglich sein, da dieser zu mehr Qualität und einer wirtschaftlichen Organisation beiträgt. Dafür müssen die Einsatzmöglichkeiten der vielen Berufsgruppen (Stationssekretärinnen, medizinische Fachangestellte, Dokumentationsassistenten, Kodierfachkräfte, Hauswirtschafterinnen, Servicekräfte, Pflegehilfskräfte u.v.m.) flexibilisiert und gefördert werden. Aufgaben, für die die Expertise einer Pflegefachkraft nicht erforderlich ist, können ohne Qualitätsverluste von anderen Berufsgruppen übernommen werden. Dies stellt einen wesentlichen Beitrag dazu dar, die Versorgung weiterhin aufrecht erhalten zu können. Daher müssen diese pflegeunterstützenden Berufsgruppen in vollem Umfang in die Pflegebudgets übernommen und finanziert werden. Ansonsten werden Arbeitsplätze dieser Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gefährdet, während die Pflegekräfte weiter fehlen. Die Versorgung am Patienten wird dann nicht aufrecht zu halten sein. Eine pauschale Deckelung der Kosten für pflegentlastende Maßnahmen auf 3 % ist zu wenig; 20 % wäre realitätsnah und würde die Pflege wirklich entlasten.

### **Zeitarbeit muss zur Ausnahme für eng definierte Versorgungsnotlagen werden**

Mit steigendem Fachkräftemangel boomt die Zeitarbeit. Zeitarbeitsfirmen konkurrieren mit Krankenhäusern als Arbeitgeber mit flexibleren Einsatzmöglichkeiten und höheren Löhnen. Dadurch verlieren die Krankenhäuser zusätzlich Mitarbeiter, die sie im Anschluss von den Zeitarbeitsfirmen für fast das Doppelte zurückkaufen. Dies entzieht der Versorgung dauerhaft finanzielle Mittel, die nicht den Patienten zugutekommen. Zeitarbeit muss daher auf Ausnahmeregelungen für eng definierte, unabwiesbare Versorgungsnotlagen beschränkt werden.

### **Digitalisierung muss finanziert werden und zum Bürokratieabbau genutzt werden**

Die Digitalisierung der Krankenhäuser muss unbedingt genutzt werden, um das Personal von Bürokratie zu entlasten. Dokumentation und Berichtsfunktionen müssen weitgehend automatisiert werden, sodass sie im normalen Krankenhausbetrieb ohne zusätzlichen Aufwand gleichzeitig erstellt werden können. Um diese Potentiale zu erschließen, muss die lange angekündigte flächendeckende Digitalisierungsoffensive Wirklichkeit werden. Für die Behebung des Investitionsstaus ist ein bundesweites Sonderprogramm in Höhe von 1 Mrd. € notwendig, im laufenden Betrieb ein Digitalisierungszuschlag von 2 % je Fall. Außerdem sollte Hamburg die zweckgebundenen Mittel für Telemedizin und IT-Sicherheit des Strukturfonds erschließen.

### **Ausblick: Reset des Finanzierungssystems als Ausweg aus der Bürokratiefalle**

Unser Finanzierungssystem hat einen Grad an Komplexität und Unüberschaubarkeit erreicht, der eine Neuorientierung notwendig macht. Die Einführung der Pflegebudgets mit zahlreichen Kollateraleffekten und Umverteilungswirkungen macht derzeit das wirtschaftliche Ergebnis eines Krankenhauses kaum mehr steuerbar. Daher wäre es sinnvoll, einen Übergangszeitraum zu definieren, in dem eine strategische Neuausrichtung der Krankenhausfinanzierung stattfinden kann. Dann könnten die aktuellen Budgets planvoll dorthin überführt werden. Ein deutlich einfacheres, kostendeckendes und dennoch anreizorientiertes Finanzierungssystem wäre der Schlüssel zu einem spürbaren Bürokratieabbau, da die nachfolgenden Nachweise, Abrechnungsprüfungen und Streitstatbestände sich proportional zu den ihnen zugrundeliegenden Vorgaben verhalten. Teil eines neuen Vergütungssystems muss endlich auch eine ausreichende und verlässliche Investitionsfinanzierung sein.

**Für Rückfragen:**

Dr. Claudia Brase

Geschäftsführerin der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft

Telefon 040 / 25 17 36-11

presse@hkgev.de

Die Hamburgische Krankenhausgesellschaft (HKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Hamburg. Sie vertritt die Interessen von 35 öffentlichen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhäusern in Hamburg und Umgebung. Jährlich versorgen Hamburgs Kliniken allein stationär mehr als 520.000 Patientinnen und Patienten, davon ein Drittel aus den angrenzenden Bundesländern. Mit mehr als 32.000 Beschäftigten sind die Hamburger Krankenhäuser - zusammengenommen – einer der größten Arbeitgeber der Stadt.